



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 11. September 1910.

Sammlungsversuche — Gründe für sozialdemokratische Siege — Mehr Fürsorge der schulentlassenen Jugend — Der Wert des Hanfabundes.

Nach den Kaiserreden zu Königsberg und in der Marienburg kehrt das politische Leben allmählich wieder in seine alten Bahnen zurück. Von den Verdrehungen der Königsberger Rede lebt nur noch die Demokratie, über den Marienburger Aufruf zur Sammlung beginnt zwischen Konservativen und Nationalliberalen eine ernsthafte Unterhaltung. Die „Kölnische Zeitung“ ergreift gern die Gelegenheit, um die Vorteile der früher bewährten Freundschaft zwischen den Rechtsparteien zu unterstreichen. Der „Hannoversche Courier“ warnt vor einem Frieden, dem nicht ein Sieg vorangegangen wäre; die „Tägliche Rundschau“ kann begreiflicherweise nicht vergessen, wer die Hauptschuldigen an der heutigen politischen Lage sind, und die „Kreuzzeitung“ zaubert den Liberalen paradiesische Zustände vor die Augen, wenn sie sich nur vertrauensvoll in die Fesseln des Bundes der Landwirte begeben. Dabei kann man sich aber des Gefühls nicht erwehren, als habe Frau Sorge dicht neben dem konservativen Wochenschauber gestanden. Ja, was soll aus der konservativen Partei werden, wenn sie ohne nationalliberale Unterstützung in die nächsten Wahlkämpfe gehen muß? — Im übrigen steht die politische Stimmung im Lande unter dem frischen Eindruck einer Meldung (vielleicht eines Versuchsballons?) der „Frankfurter Zeitung“. Das Blatt behauptete kürzlich, der Herr Reichskanzler habe endlich eine Wahlparole gefunden und sie im vertrauten Kreise bekanntgegeben. Nach dem Bericht des demokratischen Blattes lautet sie: Zusammenfassung aller positiv schaffenden Stände zum Schutz der nationalen Arbeit. Die „Tägliche Rundschau“ scheint uns die Meldung durchaus richtig aufzufassen, wenn sie in ihr keine Überraschung sieht, gleichgültig ob es sich nur um eine Kombination oder um eine Tatsache handelt. Mit andern Worten hat der Kaiser dieselbe Parole auf der Marienburg ausgegeben, als er sagte: „Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Zugehörige einer Partei ergreife die Hand des Andersgesinnten, wenn es darauf ankommt, Großes für unser Vaterland zu leisten. Und eine Konfession trage die andere mit Liebe.“ Wir selbst haben von einer Seite, die Gelegenheit gehabt haben konnte, die Absichten des Reichskanzlers kennen zu lernen, eine ähnliche Parole gehört; nur war sie im Januar in die Worte gekleidet: Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die freihändlerischen Tendenzen.

Wir meinen, eine unter so einseitig wirtschaftlichen Devisen eingeleitete Politik dürfte nicht als Sammlungspolitik bezeichnet werden. Denn gerade über den Begriff des Positiven in der Wirtschaft gehen die Ansichten der in der Wirtschaft

Tätigen weit auseinander und die verschiedenen Auffassungen über die Bedeutung einer Betätigung bilden die innerste Ursache für die Zerrissenheit im Bürgertum. Produzent, Händler und Konsument werden gegeneinander kämpfen so lange, bis der Staat alle ihre Funktionen, also die Gütererzeugung, die Güterverteilung und den Verbrauch auf sich genommen, also so lange, wie der bürgerliche Staat nicht abgelöst ist durch den sozialistischen. Wer wollte da ernstlich den Versuch machen wollen, den wirtschaftlichen Kampf zu beseitigen? — er müßte denn selbst Sozialist sein. Wer aber die Berechtigung des Kampfes anerkennt, der sollte auch nicht den Begriff „positiv schaffender Stände“ im Gegensatz zu etwa „nicht positiv schaffenden“ kennen. Bei der Möglichkeit weit auseinandergehender Bedürfnisse sollte man nicht versuchen, eine Exklusivität von „positiv Schaffenden“ zu konstruieren, andernfalls stellt man sich auf die Höhe der Anschauungen der Transvaal-Buren, die vor noch gar nicht langer Zeit den Johannesburger Bankiers dafür Kommissionen zahlten, daß diese ihr Bargeld in „Verwahrung“ nahmen. Im Sinne jener Buren waren die Bankiers natürlich kein „positiv schaffender Stand“, wohl aber für das britische Weltreich. — Doch genug hiervon. Was wir sagen wollen, ist folgendes: man soll nicht versuchen, wirtschaftliche und politische Fragen miteinander zu verquicken, wo die Voraussetzungen dafür fehlen; man soll eine Entwicklung wie die der Sozialdemokratie nicht künstlich aufhalten wollen, die man nur durch intensive Bearbeitung an ihren Anfängen lenken kann; man soll Gegensätze nicht verallgemeinern, die im Hinblick auf den Staat nur lokale Erscheinungen am Wirtschaftskörper sind. Man soll vielmehr den fieberhaft arbeitenden Erwerbsständen von Zeit zu Zeit zeigen, daß sie ihre Arbeit, wollen sie deren Preis auch für eine fernere Zukunft sicher stellen, hin und wieder einmal nach den historischen Zielen des Staates oder des Volksganzen orientieren müssen. Diese zeitweiligen großen Orientierungen können natürlich nicht, wie es gegenwärtig angestrebt wird, von einem der Erwerbsstände ausgehen; dazu sind berufen: die Wissenschaft, die Publizistik und die Staatsleiter. Diese drei allein sind, wollen wir vom Poeten und Künstler absehen, mit den Mitteln ausgerüstet, um der Nation den Weg über den Alltag hinaus zu zeigen. Haben sie es getan? Ja, alle drei haben es versucht, aber alle drei sind im vorigen Jahre unterlegen. Ihre Kraft reichte noch gerade dazu hin, an unserer Ostgrenze Bresche in eine ruinöse Bodenpolitik zu legen, — zu einer Neugestaltung der Steuerpolitik reichte sie nicht mehr hin. Der wirtschaftliche Egoismus der Machthaber erwies sich als stärker. Gegen diesen wirtschaftlichen Egoismus, der für seine Träger die Bezeichnung „positiv schaffender Stände“ in Anspruch nimmt, ist die Reaktion eingetreten, die mit verstärkter Anstrengung den alten, früher gewiesenen Zielen zustrebt und eben durch den verstärkten Kraftaufwand auch in der Gefahr schwebt, über das Ziel hinauszuschießen. Die eifrigsten Anhänger der Politik des Fürsten Bülow sind heute gezwungen, abseits der „positiv schaffenden Stände“ zu stehen oder aber ihre Überzeugung zu opfern. Wer noch mit offenen Augen einhergeht, wird erkennen, daß es nicht die schlechtesten Teile unserer Gelehrtenwelt und unserer Publizistik sind, die von dem heutigen Kurse nichts wissen wollen.

Die heutige Regierung hat nun noch nicht die Mittel gefunden, um die Fortsetzung der Politik des Fürsten Bülow gewährleisten zu können. Als Grund dafür wird die Zunahme der Sozialdemokratie angegeben. Die Sozialdemokratie ist nach Auffassung vieler nicht nur eine ständige, sondern auch die größte Gefahr für Staat und Nation. Auch wir teilen solchen Standpunkt, und um sie bekämpfen zu können, sind wir den Existenzbedingungen der Partei nachgegangen. Diese

Existenzbedingungen finden wir aber wo anders als die heute verantwortliche Regierung. Halten wir die verheerende Agitation auch als einen wichtigen Faktor für die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen, so können wir in ihr nicht den wesentlichsten Grund dafür erkennen. Der wesentlichste Grund liegt in dem Mangel an einer die Gesamtheit der Nation berücksichtigenden Wirtschaftspolitik zusammen mit der geringen Beachtung, die das Bürgertum der heranwachsenden Jugend aller Stände schenkt. Abgesehen von den tausend Beweisen, die uns das tägliche Leben für unsere Auffassung bietet, kann man den Beweis auch in den Ergebnissen der letzten fünfzehn Nachwahlen finden. Einer sozialdemokratischen parteiamtlichen Statistik entnehmen wir nicht nur die Tatsache der Zunahme sozialdemokratischer Stimmen gegenüber der Wahl von 1907, sondern eine geradezu erschreckende Abnahme der überhaupt abgegebenen Stimmen. Die Abnahme betrug in Landau-Neustadt 2800, in Schneeberg-Stollberg 3100, in Koblenz 13000 (!), in Koburg 150, in Landsberg-Solbin 3200, in Eisenach-Dernbach 500, in Posen 1400, in Ustedom-Bollin 2400, in Friedberg-Büdingen 200, in Kannstatt-Ludwigsburg 1400. — Nur in Olegko-Vyd-Johannesburg war eine erhebliche Zunahme der überhaupt abgegebenen Stimmen festzustellen, nämlich um 2200! Da aber galt es, die vom Bunde der Handwirte abhängigen Konservativen zu schlagen, also den Haupterregere der allgemeinen Unzufriedenheit zu treffen.

Sollte es angesichts der Zahlen wirklich noch ernsthafte Politiker geben, die den Hauptgrund für das Anwachsen der Sozialdemokratie in der „Verheerung“ durch die Parteiorgane und durch einen Teil der bürgerlichen Presse sehen? Sollte der Reichskanzler wirklich glauben, mit einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten, im übrigen wirtschaftlichen Parole einen arbeitsfähigen Reichstag zusammen zu bringen? Wir können es kaum glauben, denn Herr von Bethmann hat sich als ein viel zu nachdenklicher und gründlicher Mann erwiesen, als daß er mit so leichtem Erfolg rechnen würde.

Doch je sicherer die ungünstigen Ergebnisse der nächsten Wahlen erscheinen, um so notwendiger erscheint es uns, daß die Regierung ihre Politik zunächst nicht nach wirtschaftlichen Fragen orientiert, sondern lieber solche Gebiete aufsucht, bei deren Bearbeitung sie auf die Mitwirkung einer namhaften Mehrheit rechnen darf. Wäre dafür z. B. nicht die Fürsorge für die schulentlassene Jugend geeignet? Es gibt heute keine Kategorie in der schulentlassenen Jugend, die nicht von der sozialdemokratischen Agitation bedroht wäre. Vom Abiturienten bis zum Handwerkslehrling, vom jugendlichen Arbeiter bis zum Buchhandels- und Bankelaven wird die Macht der sozialdemokratischen Agitation fühlbar. Der wesentlichste Grund dafür liegt in der Indolenz des Bürgertums. Erst ganz kürzlich beginnt das Handwerk sich gegen die Übergriffe der Sozialdemokratie zu wehren. Auf dem diesjährigen Handwerks- und Gewerbekammertag zu Stuttgart ist es auch zu einer Resolution gekommen, die dahin strebt, das Recht des Meisters gegenüber seinen Schülern zu vergrößern. Natürlich ist das nur ein schwacher Anfang und es wäre sehr zu wünschen, daß der Antrag des Dr. Wilden-Düsseldorf, Anschluß an die Zentralstelle für Volkswohlfahrt zu Berlin zu suchen, auch praktisch durchzuführen ist. Könnte hier die Regierung nicht einsetzen und die Parteien vor eine positive Arbeit im nationalen Sinne stellen? — Wir meinen, dadurch, daß das Bürgertum sich neue, fest ins Auge gefasste Aufgaben gegenüber der schulentlassenen Jugend stellt, wird es die sozialistischen Einflüsse am besten überwinden. Aber in einer solchen gemeinsamen positiven Arbeit, an der die Eltern aus allen Ständen, die Handwerksmeister, Lehrer, Industriellen und Landwirte, Pastoren, Bürgermeister

und Landräte teilnehmen würden, weil sie alle ein und dasselbe Interesse an der Jugend haben, müßte sich auch eine Basis für die politische Annäherung finden, um so mehr als gerade die Sorge um die Jugend die besten konservativen Untertöne zur Geltung bringen kann, die in jedem Deutschen stecken, möge er im übrigen bei den Wahlen seine Stimme Herrn Ortel, Raumann oder Bebel geben. Ist es aber erst einmal gelungen, die evangelischen und katholischen Väter von Stadt und Land zu einer gemeinsamen Arbeit zusammen zu bringen, dann findet sich das übrige von selber.

Die Erkenntnis der sozialdemokratischen Gefahr hindert uns nicht, die Stellung des Hansabundes gegenüber der sozialdemokratischen Partei als notwendig und für die Allgemeinheit als nützlich anzuerkennen. Die Aufgabe des Hansabundes war es zunächst, das aus sehr heterogenen Elementen zusammengesetzte Bürgertum zum Bewußtsein seiner gemeinsamen Interessen zu erwecken. Die Aufgabe gestellt hat ihm der Bund der Landwirte. Diesen wegen seiner Annahmen zu bekämpfen, war und ist eine Existenzfrage nicht nur für das gewerbliche Bürgertum, sondern auch für alle sogenannten intelligenten Berufe — für die Staats- und Privatbeamten, für Universitäts- und Volksschullehrer, für Ärzte, Anwälte und Seilgehilfen und damit für die Nation. Wir stimmen dem Schutz der nationalen Produktion ausdrücklich zu, aber wir wollen, daß der Schutz der ganzen Nation zugute kommt und nicht nur 28 Prozent von ihr. So denkt auch die Leitung des Hansabundes, die insofgedessen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen des Kaufmannsstandes vertritt, sondern indirekt die von 72 Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Das ist auch der einzige Grund, warum die „Grenzboten“ seinerzeit die Gründung des Hansabundes so freudig begrüßt haben. Dabei sind uns die Schwächen der Organisation und unter gewissen Voraussetzungen (s. Nr. 27 vom 1. Juli 1909, S. 2 ff.) auch ihre Gefahren für das Land nicht verborgen. Wir bedauern vor allen Dingen, daß die Wahl eines der Hauptredner des Bundes nicht glücklicher war; an die Spitze solcher Organisation gehören Männer, die sich ein solches Gegengewicht gegen die Stimmungen in Versammlungen angeeignet haben, daß sie nicht bei jeder Gelegenheit zu entgleisen brauchen und dadurch bei Kreisen Anstoß erregen, die dem Hansabunde viel wichtigere Bundesgenossen sind als einige Krämer, die sich über die Gründung von Konsumvereinen beschwerten. Es ist wohl auch der Tätigkeit solcher Männer zuzuschreiben, wenn der „Klabberadatsch“ dichten kann:

„Nimm Platz“, so tönt es dir von links,
 „Nimm Platz“, von rechts entgegen.
 Du horchst, gewärtig jeden Winks,
 Und schwantst und schwantst verlegen.
 Hab' acht nur, daß du dich zuletzt
 Nicht zwischen beide Stühle setzt.

Der hierin zum Ausdruck kommenden Auffassung begegnet man infolge der agrarischen Agitation öfter und es scheint uns nicht nur im Interesse des Hansabundes, sondern im Interesse der weiteren politischen Entwicklung zu liegen, wenn die Ursachen dazu möglichst bald beseitigt würden.

